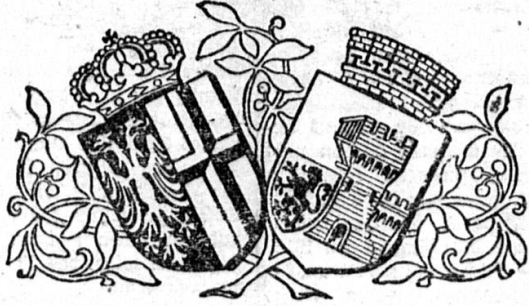


Neuß-Grevenbroicher Zeitung

Ämtliches Kreisblatt für den Landkreis Neuß

Meistverbreitete Zeitung der Kreise Neuß und Grevenbroich

Die „Neuß-Grevenbroicher Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Wöchentliche Beilagen: „St. Quirinusblatt“ und „Heimatpost und Heimatkurier“. — Preis vom 1. bis 15. Januar Mk. 1 Billion 500 Milliarden. Nachherhebung vorbehalten. — Geschäftsstelle: Neuß, Niederstraße 46. Fernsprecher Nr. 53. Reichsbank-Giro-Konto. Postfach-Konto Köln 41800.



Anzeigenpreis — gegen Zahlung bei Aufgabe — für die 34 m/m breite Colonelzeile 35 Goldpfennig, außerhalb der Kreise Neuß und Grevenbroich 35 Goldpfennig. Reklamezeile 1 Goldmark. Bei späterer Zahlung gegen Rechnung: Zeilenpreis 30 Goldpfennig, außerhalb d. Kreise Neuß u. Grevenbroich 40 Pfg. Reklamezeile 1,20 Gm. Anzeigen erbeten bis 5 1/2 Uhr abends für die Nummer des folgenden Tages.

Nr. 8

Für die Schriftleitung verantwortlich: Fr. Keil.

Donnerstag, 10. Januar 1924 (Agathon)

Notationsdruck und Verlag der Gesellschaft für Buchdruckerei, Neuß.

51. Jahrgang

Die Zentrumsfraktion zum Beamtenabbau und zur Lage in der Pfalz. — Eine neue Regierung in England?

Die letzte Hand an der französisch-belgischen Antwort.

Beschlüsse der Zentrumsfraktion des Reichstages.

Brüssel, 9. Jan. Die Zentrumsfraktion des Reichstages hielt gestern abend eine gut besuchte Versammlung ab, die sich bis um 11 Uhr hinzog. Die Fraktion nahm zuerst ein Merkmal des Abgeordneten Alletotte entgegen.

Es wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen: Die Zentrumsfraktion des Reichstages stellt mit Bedauern fest, daß bei der Durchführung der auf sich selbst bezüglichen Personalabbau-Verordnungen Härten vorgekommen sind, die selbst durch die Rücksicht auf die finanzielle Notlage des Reiches nicht als gerechtfertigt erachtet werden können. Insbesondere wendet sie sich gegen 1. die Verordnung, durch welche alle überflüssigen Flüchtlinge, Lehrer u. Lehramtskandidaten, die bisher noch keine Wiederanstellung erlangt haben, ohne Berücksichtigung der sonstigen Personalabbauverordnungen in den einflussreichen Ministerien verbleiben, und gegen 2. die Ausweisung des Personalabbauverordnungen auf die Opfer des passiven Widerstandes an Rhein und Ruhr (Gefangene und Verdrängte), namentlich die unterschiedslos und fristlos Entlassung Tausender derartiger Angehörigen und Arbeiter der Rheinbahn. In beiden Fällen wirken die Abbauverordnungen um so härter, als sie Personen treffen, welche an gefährlichen Stellen für das Vaterland gestanden, gearbeitet und gekämpft haben. Die Zentrumsfraktion richtet an die Reichsregierung das dringende Ersuchen, in eine Revision der oben angeführten Maßnahmen einzutreten und in geeigneter Weise auf die Regierung der Länder einzurwirken.

Die Fraktion beschließt sich alsdann mit den Vorschlägen in der Pfalz. Sie beschloß, folgende Intervention an die Reichsregierung zu richten: Die in der bayerischen Rheinpfalz durch die Separatistenbewegung geschaffenen Unruhen ordnen mit Gewalt zur Katastrophe. Fast 700 000 rheinische Pfälzer werden von einer Masse verärgelter Gefangener in brutaler Weise gequält, was nur dadurch möglich ist, daß die französische Besatzungsbehörde dieses schändliche Verbrechen mit fauler Verschleierung überdeckt. Mit Genehmigung fremder Mächte haben die Landesverwalter die Verwaltung verschlagen, Ruhe und Ordnung zerstört und mit unangenehmer Gewalt bis zum 1. Januar 1924 insgesamt 107 reichstreu Pfälzer aus ihrer Heimat vertrieben. Steuern und Abgaben werden von den Separatisten erpresst. Die freie Meinungsäußerung der einheimischen Presse wird tyrannisch unterdrückt. Dazu steigert die Besatzung das Leid und das Elend in der Pfalz durch immer neue rücksichtslose Forderungen. So wird neuerdings von der internationalen Rheinlandkommission (Rheinkommission) in Koblenz auf Verlangen der französischen Regierung bis zum 15. Januar 1924 in Summe einer Ausbeutung der Pfälzer ein Holzgeld von 600 000 Reichsmark Derbolsch im besetzten Gebiet verlangt, wozu auf dem Pfälzer Wald zwei Drittel dieser Menge treffen. Welche verheerende Wirkung solch eine Weltausbeutung auf die Fruchtbarkeit und Wasserbewässerung des ohnehin wasserarmen Pfälzerlandes ausübt, ist jeder Mann klar.

Sind der Reichsregierung diese furchterregenden Zustände in der Pfalz bekannt? Ist die Reichsregierung der daraus erwachsenden Gefahren für das Deutschland bewusst? Was bedeutet die Reichsregierung im Benehmen mit der bayerischen Staatsregierung zu tun, um wieder geordnete Verhältnisse und den Schutz der Menschenrechte in der Pfalz wieder herbeizuführen?

Die Militärskontrolle. Berlin, 9. Jan. Nach einer Mitteilung der internationalen Militär-Kontrollkommission will sie am 10. bis 12. Januar in einer Reihe von deutschen Städten eine Kontrolle veranstalten. Nach den bisher hier vorliegenden Nachrichten ist der Besuch zum Teil auch militärischen Organisationen zugeordnet. Die Kontrollkommission der Alliierten sollen dabei Zivilkleidung tragen. Von der Kontrollkommission ist dabei angeblich Vorbezug getroffen worden, um das Gefühl der Kontrolleierenden Stellen zu berücksichtigen. Von amtlicher deutscher Seite wird dazu mitgeteilt, daß die Maßnahmen, die zur Durchführung der Kontrolle notwendig sind, von den deutschen Stellen getroffen wurden. Die Reichsregierung hat aber der internationalen Kontrollkommission erklärt, daß ihrer Ansicht nach diejenigen Aufgaben, die die Kontrollkommission mit militärischen Stellen persönlich in Verbindung bringen, namentlich als erledigt angesehen werden müßten. Die entsprechenden Note ist bereits der Kontrollkommission zugegangen. Diese Erklärung der deutschen Regierung kann nur bedeuten, daß nach Auffassung der Reichsregierung sich die Vollmacht der Militärskontrollkommission

die im Vertrag niedergelegt ist, auf die Stellen der Reichswehr nur insoweit bezieht, als die Ausbildung des alten deutschen Heeres auf 100 000 Mann-Heer stattfand, daß aber eine Kontrolle der jetzigen Reichswehr nicht mehr stattfinden darf. Diese Ansicht ist auch auf diplomatischem Wege von der deutschen Regierung in der letzten Zeit mehrfach unterbreitet worden. Die Orte, in denen die Militärkontrollkommission tätig sein wird, sind nicht bekannt, es handelt sich offenbar in erster Linie um bayerische Garmen.

Die belgisch-französische Antwort.

Brüssel, 9. Jan. Ueber die französische und belgische Antwort auf die deutsche Denkschrift vom 24. Dezember will der Matin erfahren haben, daß beide Schriftstücke die für zukünftige Verhandlungen nicht verschließen werden. Wahrscheinlich werde heute am Duai d'Orsay die letzte Hand an die französische Note gelegt werden, die alsdann unverzüglich dem Vorschlag von Guesch zugestellt werden soll.

Der Kanzler über Reich und Länder.

Brüssel, 9. Jan. Die Braunschweigische Landeszeitung veröffentlicht ein Interview mit dem Reichskanzler Marx, worin dieser erneut betont, daß die Regierung vor allem eine rücksichtslosste Abweisung aller entbehrlichen Ausgaben und ebenso rücksichtslosste Steigerung der Einnahmen durchzuführen werde. Der Kanzler wendet sich dann in scharfen Worten gegen das Schlemmerleben, das manche Deutsche im Ausland führten. Diesen Leuten, die jetzt im Ausland ein Vergnügen führen und im Inland den Ernst der Zeit nicht anpassen, wird die Regierung energisch zu Leibe gehen. Neben den wirtschaftlichen Sorgen besteht die Sorge um unser deutsches Rheinland, die Sorge um unser Ruhrgebiet. Rhein-Ruhrfrage und Reparationsfrage, das sind nach der Wiederanfertigung des deutschen Wirtschaftslebens unsere größten Probleme. Der Kanzler betont, daß er die Frage der Umgestaltung der Weimarer Verfassung namentlich die des Verhältnisses zwischen Reich und Einzelstaaten, das leider in vielfacher Beziehung gestört ist, nicht aus den Augen verloren habe.

In erster Linie komme als dringende Frage eine Neuordnung der finanziellen Beziehungen zwischen Reich und Ländern in Frage. Hierzu seien die Vorarbeiten im Gange. Der Reichsfinanzminister hat zu diesem Zweck auch bereits mit den Ländern Verhandlungen geführt. Haben die finanziellen Beziehungen zwischen Reich und Ländern eine gegenwärtigen Verhältnisse entsprechende Regelung erfahren, so wird erforderlichenfalls in eine Revision der weiteren innerdeutschen staatspolitischen Probleme eingetreten. Aber, wie gesagt, bei all diesen Fragen, so wichtig sie auch sein mögen, darf man doch nicht vergessen, daß die Einheit der Nation unser höchstes Gut ist, das aufrechtzuerhalten das dringendste Gebot der Stunde ist.

Der Schlichter für den Bezirk Rheinland.

Der Reichsarbeitsminister hat als Schlichter für den Bezirk Rheinland auf Grund der Schlichtungsverordnung vom 30. Oktober 1923 den Amtsgerichtsrat Dr. Schneider in Köln bestellt. Seine Dienststelle befindet sich zurzeit in Köln, Quaternmarkt 1 (Schlichtungsausschuss). Der Schlichterbezirk Rheinland umfaßt die Rheinprovinz (ohne rechtsrheinischen Teil des Regierungsbezirks Düsseldorf und ohne Kreise Kleve, Mönch, Geldern, Gummersbach, Wipperfurth, Waldbröl, Altenkirchen und Neuwied), Bielefeld.

Ver schlimmerung der Lage in Düsseldorf.

Düsseldorf, 9. Jan. An der Düsseldorfer Metallindustrie sind alle Werke stillgelegt. In vielen Orten des Niederrheins wird von den Kommunisten der Generalstreik ausgerufen. Bei der Kundgebung auf dem Hindenburgwall wurden vielfach sozialdemokratische Redner von Radikalen niedergeschrien. In Rath und Matingen versuchten Rotten Jugendlicher die Straßenbahn stillzulegen. In nordischen Stadtteilen schloffen die Geschäfte schon mittags. Die Kommunisten haben auf Samstag, den 12. Januar einen Kongress der Betriebsräte nach Düsseldorf einberufen, um ein einheitliches Vorgehen beim Generalstreik herbeizuführen. Die Lage scheint sich für die nächsten Tage noch zu verschlimmern.

Arbeitseinstellungen in Krefeld.

Krefeld, 9. Jan. Der Krefelder Zeitung zufolge, kam es in der Krefelder Textilindustrie plötzlich zu Arbeitseinstellungen. Syndikalist

aus Hochenergie zwangen die Arbeiter unter Drohungen die Arbeit einzustellen und die Fabriken zu verlassen. Die Krefelder Baumwollspinnerei liegt still. Auch in Uerdingen nimmt der Generalstreik an Ausdehnung zu.

Die Separatistenbewegung im Rheinland.

Vom Rhein, 9. Jan. Im französisch besetzten Teil der Rheinprovinz wird für die nächsten Tage ein neuer Aufbruch der Separatisten befürchtet, die neuerdings glauben, ihre Stunde sei gekommen. Dazu trägt wesentlich die Anerkennung der autonomen Pfälzischen Regierung durch die Rheinlandkommission bei.

Der Präsident der pfälzischen Republik erschossen.

Speyer, 10. Jan. Wie über Paris gemeldet wird, ist gestern abend in Speyer der Separatistenführer Heinz-Dobis in einem Restaurant erschossen worden. Drei Personen drangen in den Speisesaal des Restaurants und gaben Schüsse auf Heinz und seine Freunde ab, von denen mehrere verletzt wurden. Die Täter entkamen.

Die Eisenbahn im Kölner Bezirk.

Köln, 9. Jan. Die Verhandlungen über die Eisenbahnen im Kölner Bezirk nehmen ihren Fortgang. Wie wir von wohlunterrichteter Seite erfahren, vertritt die britische Botschaft nach wie vor den Standpunkt, im Kölner Bezirk den status quo, d. h. also die deutsche Verwaltung aufrechtzuerhalten.

Lord Kilmarnock.

Koblenz, 6. Jan. Die englische Regierung hat dem englischen Botschafter in der Rheinlandkommission, Lord Kilmarnock, die Würde eines Knight Commander des St. Michael- und St. George-Ordens verliehen.

Macdonald zur Übernahme der Premierierschaft bereit.

London, 10. Jan. In einer Parteiverammlung der Arbeiterpartei wurden alle Funktionen wiedergewählt. Ramsay MacDonald erklärte sich zur Übernahme der Kabinettsbildung bereit.

Letzte Depeschen.

Brüssel, 9. Jan. Wie die B. J. meldet, trafen Geheimrat Louis Haggen und andere Mitglieder des Konvents in der Rheinlandkommission in Paris ein. Die Botschaften der Rheinlandkommission in Paris und den englischen Botschafter in der Rheinlandkommission in der Rheinprovinz werden zu lernen.

Köln, 9. Jan. Mit dem neuen Niederbeschlag, der in der Nacht begann und bis in die späten Vormittagsstunden dauerte, hat die Schneedecke von Köln eine Höhe von über 20 Zentimetern erreicht. Von der Kölner Straßenreinigung wurden die Arbeitsnachweise unverzüglich aufgeföhrt. Schneeschipper soweit als möglich zu mobilisieren. Die Arbeitslosen sind verpflichtet, ohne besondere Bezahlung 24 Stunden in der Woche Reichslandarbeiten zu verrichten, während eine längere Arbeit mit Zuschlägen zur Arbeitslosenunterstützung bezahlt wird. Wie dazu von den Arbeitsnachweisen mitgeteilt wird, sind die Leute durchwegs arbeitswillig. Die wenigen Arbeitsverweigerungen sind mit Krankheit oder alzu schlechter Kleidung durchaus entschuldigbar.

Paris, 9. Jan. Eine Nachrichtenagentur meldet aus London: Informationen aus einer Quelle zufolge, habe die englische Regierung bei der französischen Regierung mehrere Demarchen unternommen, um Gefangenen über die Haltung Frankreichs gegenüber der Separatistenbewegung zu erlangen. Diese Demarchen sollen von dem englischen Vorkonsul in Paris und dem englischen Botschafter in der Rheinlandkommission unternommen worden sein.

Moskau, 9. Jan. Die Moskauer Blätter veröffentlichten, wie die russische Telegraphen-Agentur meldet, kritische Feststellungen über den Gesundheitszustand Trotski, denen zu entnehmen ist, daß Trotski am 5. November an Grippe erkrankt ist. Der fieberhafte Zustand hat noch nicht nachgelassen. Der allgemeine Körperzustand ist schwach. Die Arbeitsfähigkeit habe nachgelassen. Angesichts des langwierigen Charakters der Krankheit, die unter den örtlichen klimatischen Verhältnissen eine Verschlimmerung erfahren könnte, sei ein Urlaub von mindestens drei Monaten erforderlich.

Von Mitgliedern des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei, die in den letzten Tagen

in besuchten, verläutet, daß dessen Befinden sich bedeutend gebessert habe. Er werde seine Arbeitsfähigkeit in den nächsten Monaten voraussichtlich wieder erlangt haben.

Manila, 10. Jan. Auf der Insel Bika wurden 13 Polizeibeamte von Eingeborenen erschossen.

Köln, 8. Jan. Der Regierungspräsident sieht sich veranlaßt, an die Bestimmungen der internationalen Rheinlandkommission zu erinnern, wonach es verboten ist, bei Lieferungen oder Dienstleistungen des täglichen Lebens offensichtlich übertriebene Gewinne zum Nachteil des Personals der Besatzungsgruppen oder der hohen Kommission bezu, aller von diesen abhängigen Personen zu realisieren. Die britische Militärbehörde läßt im Anschluß hieran darauf hinweisen, daß die Personen und Geschäftsinhaber, die diesen Bestimmungen zuwiderhandeln, sich einem Verfahren vor den Militärgerichten aussetzen und nicht allein Geldstrafen sondern auch Haftstrafen bis zu 6 Monaten zu gewärtigen haben.

Köln, 8. Jan. Ein polnischer Arbeiter aus Mülheim a. d. Ruhr, der Ruhrunterstützung bezog, ließ sich von einem separatistischen Werbestütze für einen Tageslohn von fünf Franken nebst freier Verköstigung anwerben. Nach fünf Tagen erhielt er vor Koblenz, wohin er befördert worden war, Urlaub, um, wie er vor Gericht angab, seine alten Schulden zu bezahlen. In Wirklichkeit aber, um die Ruhrunterstützung abzugeben. Auf der Rückreise stieg er in Düren in den falschen Zug und landete in Köln, wo er von der Polizei in Empfang genommen wurde. Die Kölner Strafkammer verurteilte ihn jetzt wegen Betrugs und Widerstandsleistung bei seiner Festnahme zu einem Jahre Gefängnis und erkannte ihm die bürgerlichen Ehrenrechte für fünf Jahre ab.

Köln, 8. Jan. Es liegt Veranlassung vor, wie der einmal darauf hinzuweisen, mit welchen Gefahren das Auf- und Abbringen während der Fahrt verbunden ist. In der Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezember 1923 kamen beim Betrieb der stadtfährischen Straßenbahnen durch diese Unfälle nicht weniger als 46 Personen zu Schaden. Von diesen mußten zwei ihre leichtfertige Handlungsweise mit dem Tode büßen, während sich eine einen Beinbruch und eine einen Bruch der Wirbelsäule zuzog.

Köln, 9. Jan. Wegen verbotenen Waffenbesitzes hatte sich laut Kölnepost vor dem britischen Besatzungsgericht eine gewisser August Mademacher zu verantworten, der bereits in einer Verurteilung gewesen war und in Bonn eine fünfjährige Gefängnisstrafe zu verbüßen hatte, als er von den Separatisten freigelassen und bewaffnet wurde. Er ist überhaupt mehrfach vorbestraft und wurde vor Gericht als ein degenerierter Mensch bezeichnet, der jedoch den § 51 nicht für sich in Anspruch nehmen könne. Das Urteil lautete auf neun Monate Gefängnis.

Bonn, 8. Jan. Das Gangolfhaus ist, wie der Bonner G.-M. hört, von der französischen Besatzungsbehörde beschlagnahmt worden. Es ist geplant, die bisherige französische Verkaufszentrale am Münsterplatz, die sich als zu klein erwiesen hat, in das Gangolfhaus zu verlegen. Hierzu würden die gesamten Cafe- und Restaurationsräume benötigt werden.

Düren, 7. Jan. Zwei Burtschen aus Langerwehe, zum Teil in Gemeinschaft mit einem Grundarbeiter aus ihrem Orte, hatten eine Reihe von Diebstählen zumeist bei armen Leuten verübt; besonders hatten sie es auf Wäsche und Nahrungsmittel abgesehen. Die Aachener Strafkammer verurteilte die Gebrüder zu einem Jahr drei Monaten bzw. einem Jahr acht Monaten Gefängnis, deren mitbeteiligte Schwester zu einem Jahr Gefängnis und den Grundarbeiter zu sechs Monaten. Auch gegen die Fehler wurde auf längere Freiheitsstrafen erkannt.

Vöcklabruck, 8. Jan. Ein hiesiges Mädchen hatte sich am Neujahrstage verlobt, obwohl sie ihr Verhältnis zu einem jugendlichen Arbeiter noch nicht aufgegeben hatte. Der durch die Nachricht von der anderen Verlobung peinlichst überraschte Liebhaber drang nun in das Haus ein, in dem das Mädchen beschäftigt ist, veranlaßte dieses, in den Vorgarten mitzugehen, und streckte es dann mit zwei Revolverkugeln nieder. Das Mädchen war sofort tot. Hierauf schoß sich der Täter selbst in die Schenkel, wodurch sein Selbstmordversuch zerschlug.

Julda, 9. Jan. Infolge der Ausbreitung der Arbeiter in der Neuhofener Kali-Industrie sind dort größere Unruhen ausgebrochen. Arbeitsmangel und die Technische Notlage wurden an der Arbeit verhindert. Im Verlaufe der Ereignisse wurden auch Landjäger von den Ruhebretern entworfen. Aus diesem Grunde ist eine Abteilung Reichswehr nach Neuhofen entsandt worden. Diese soll heute durch Landes- und Schutzpolizei abgelöst werden. Nach den letzten Meldungen soll eine Verhinderung eintreten sein.

Unsere Leser

Von Prof. A. Eüdenbach-Düren.

Die ersten planmäßigen Nüchternungen unternahm ein englischer Landwirth *Barth Shreff* und *lange Jahre* bezog man aus England den Shreff-Weizen als Saatgut. Shreff hat schon gekreuzt und er hieß dabei *Gisf* genannt; denn ohne die Kenntnisse der Mendelschen Gesetze ist das ein Spiel auf gut Glück. Wichtiger war für Shreff die Mäule, die sogenannte *Elfte-Zucht*, gewesen. Wenn man sich vor etwa 50 Jahren die Mäule gab, ein abgelegenes Wirtshaus der Gifel, des berzigen Kanals oder in Thüringen kann man noch jetzt den Versuch machen, eine Gasse Gaser zu unterrichten, indem man ihnen für Galm vergilt, sah man eine ganze Reihe von Gassen: *Salme*, die früher oder später reifen, *Salme* kurz, mittel und lang, die, fräutige *Salme*, die sich durch, lamm, arm an Kieselaufräusallen, welche Härte und Steifheit geben, kleine Rippen, große Rippen, reicher Befand, magerer Befand, kleine, mittlere, die Körner, dünnpelziger, dünnpelziger Hafer; — so bei Weizen und

Zunächst herrscht eine Eigenschaft vor, sie dominiert gegenüber der Züchter. Bei gekreuzten, gleichfarbigen begannenen und unbegannenen Weizen gibt es 1 eine unbegannene Weizen, die von einer der Stammhänen nicht zu unterscheiden ist. Kreuzt sie gelben begannenen und weißen unbegannenen Weizen, so ergibt sich 1 weißgelblich unbegannene Weizen, das Unbegannene dominiert also in der ersten Generation. Später erfolgt natürlich die Balzuna.

Die Aengstung und Anstesse steigert bei guter Bearbeitung und Düngung des Bodens die vitale Kraft einer Pflanze und liefert bei Körnerfrucht nachgewiesenermaßen 10 Prozent Mehrertrag. Man sollte das auch dem fleißigen Landwirt, und wenn sein Schädel nicht konservativen Schichten hätte, wie der Schild des Mithridates, immerfort einschämmern und in großen Settern auf jede

War es darum nicht ein Sonntag, als dieser seltsame Mann seine Augen schloß und sein Lebenswerk setzte. Seinen Grabstein muß daher als bestes Symbol eines Lebens und seines Wirkens ein Lehrenbündel dienen.